

A5 4. Bildungsgerechtigkeit für Baden-Württemberg

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

Antragstext

1 Gerade das Bildungssystem betrifft viele junge Menschen jeden Tag. Deshalb
2 brauchen wir ein Bildungssystem, das junge Menschen unabhängig von sozialer
3 Herkunft, finanzieller Situation oder Wohnort fördert. Aus diesem Grund fordern
4 wir gut ausgestattete Schulen, ausgebildete Lehrkräfte, fortlaufend
5 aktualisierte Lehrpläne, die auf die aktuellen Entwicklungen angepasst sind und
6 leistungsdiverse, inklusive Schulformen für alle.

7 Dazu gehören für uns **verpflichtende Fortbildungstage für Lehrkräfte**, die diese
8 regelmäßig in Klimabildung, Digitalisierung, Demokratiebildung, Sonderpädagogik
9 und mentaler Gesundheit schulen. Dabei ist darauf zu achten, dass diese
10 Fortbildungen nicht zu einer zusätzlichen Belastung werden. Das Lehramtsstudium
11 muss attraktiver und gerechter gestaltet werden. Dazu bedarf es zwingend der
12 Ausweitung der dualen Lehramtsstudiengängen, welche künftig auch für
13 Studienanfänger*innen ohne Bachelorabschluss angeboten werden sollen. Alle
14 Lehrkräfte, egal welcher Schulart, sollen gleichwertig und gerecht bezahlt und
15 alle **Lehramtsstudiengänge gleichgestellt** werden, um den Beruf attraktiver zu
16 machen. So müssen bspw. Grundschullehrkräfte in die Besoldungsstufe bzw.
17 Entgeltstufe A13 (Beamte) / E13 (Angestellte) eingestuft werden.

18 **Kriterienkataloge für Referendariatsprüfungen** sollen als Standard festgelegt
19 werden, um eine willkürliche Notenvergabe zu verhindern. Die Lehrprobe als
20 Prüfungsformat ist aus der Zeit gefallen und muss grundsätzlich hinterfragt und
21 überarbeitet werden. Bei Referendariaten müssen Studierende durch sehr
22 kurzfristige Ortszuteilungen in kurzer Zeit ein komplett neues Lebensumfeld
23 aufbauen. Um das zu vereinfachen, muss es zum einen **mindestens zwei flexible**
24 **Einstiegstermine für das Referendariat** geben, die an das Semesterende angepasst
25 sind und zum anderen müssen Mitteilungen mindestens sechs Monate im Voraus
26 erfolgen. Zudem muss bei der Standortwahl das persönliche Interesseder
27 Bewerber*innen berücksichtigt werden, mit einem **Mindestmaß an Mitbestimmung**. Die
28 Ausbildungsseminare benötigen qualitativ und quantitativ mehr Möglichkeiten, um
29 Lehramtsanwärter*innen sinnvoll in ihrer Entwicklung zu unterstützen.
30

31 In Schulen sollte ein Dialog auf Augenhöhe stattfinden. Besonders Schüler*innen
32 müssen hier ernst genommen werden, denn trotz der aktuellen Strukturen werden

33 ihre Anliegen oft gebremst oder nicht gehört. Wir fordern daher ein regelmäßiges
34 Feedback der Schüler*innen für Lehrkräfte und Schulleitung. Des Weiteren sollen
35 Schüler*innenvertretungen auf allen Ebenen gestärkt und vernetzt werden.

36 Wir setzen uns für eine grundlegende Reform unseres Bildungswesens ein und
37 fordern dafür eine **Enquete-Kommission Bildung** einzusetzen, die das klare Ziel
38 verfolgt, das Bildungssystem zu vereinheitlichen, vereinfachen und inklusiver zu
39 gestalten. Zudem stehen wir in einem Übergangszeitraum für eine **längere**
40 **gemeinsame Schulzeit bis Klasse 6** und die **Abschaffung der verbindlichen**
41 **Grundschulempfehlung**, um allen Kindern mehr Zeit für ihre Entwicklung zu geben
42 und Leistungsdruck zu reduzieren. Die **Berufsorientierung** sollte in Schulen
43 deutlich gestärkt werden und Lehrkräfte, gerade durch entsprechende Fortbildung,
44 bei der Umsetzung des Schulfachs "Wirtschaft / Berufs- und Studienorientierung"
45 unterstützt werden. So sollen beispielsweise **Fortbildungsangebote im Handwerk**
46 **und in der Landwirtschaft** für alle Arten von Lehrkräften ausgebaut werden, um
47 den Wert des Handwerks und der Landwirtschaft an die Lehrenden zu übermitteln.
48 Programme wie "**Lernort Bauernhof**" sollen gestärkt und bekannter werden.

49 Bildungschancen dürfen nicht länger vom Geldbeutel der Eltern abhängen! Wir
50 fordern **kostenlose Schulmaterialien, also Lernmittelfreiheit für alle,**
51 **kostenlose Schulausflüge, eine flächendeckende Einführung von kostenfreien**
52 **Schulspinden und kostenlose, pflanzliche, saisonale und regionale Verpflegung in**
53 **Schulmensen.** Zusätzlich müssen alle **Schüler*innen Zugang zu digitalen**
54 **Endgeräten** und schnellem Internet haben, unabhängig von der finanziellen Lage
55 der Familie. **Schulsozialarbeit** muss zur **kommunalen Pflichtaufgabe** mit
56 finanzieller Unterstützung durch das Land werden und auch für Lehrkräfte und
57 angehende Lehrkräfte zugänglich sein, um Chancengleichheit in schwierigen
58 Lebenslagen zu sichern.

59
60 Um Bildungsqualität und Mitbestimmung zu sichern soll eine unabhängige
61 Ombudsstelle geschaffen werden, an die sich alle Schüler*innen sowie Lehrkräfte
62 wenden können. Die Ombudsstelle soll mit Fachleuten und den entsprechenden
63 Interessenvertretungen eng zusammenarbeiten, um effektiv Lösungen für die
64 konkreten Probleme zu erarbeiten.

65
66 Das Land muss sich mit Landesprogrammen dafür einsetzen, dass die Ausstattung
67 einer Schule unabhängiger von kommunalen Haushalten wird. Wir brauchen
68 finanzielle Unterstützung und Anreize, in die Gebäude, Anlagen, Innenausstattung
69 und Equipment zu investieren. Das aktuelle System macht den Lernort Schule davon
70 abhängig, wie finanzkräftig und strukturell stark die Kommune ist, in der sie
71 liegt.

72 Im frühkindlichen Bereich fordern wir **einkommensabhängige KiTa-Gebühren,** eine
73 **garantierte kostenlose, pflanzliche, saisonale und regionale Mahlzeit pro Tag**
74 für jedes Kind sowie **Sprachförderung bereits in der frühen Bildung.** Bildung darf
75 nicht vom Zufall abhängen – wir brauchen ein starkes, gerechtes und modernes

76 Bildungssystem für alle!

Unterstützer*innen

Philip Weiß